



So könnten die neuen Wohnbauten beim Otto-Wagner-Spital künftig aussehen. Aus den ursprünglich geplanten 600 Wohnungen sind nun 160 geworden. Foto: Schreinerkastler

# So soll's am Steinhof ausschauen

**Von Stephanie Schüller**

■ Die Vorschläge sind Empfehlungen, der Ball liegt nun bei der Stadtregierung.

**Wien.** Der Streit rund um die Steinhof-Gründe geht in eine wichtige, wenn auch nicht in die letzte Runde. Gestern, Mittwoch, haben Vertreter des Expertengremiums das Bebauungskonzept für das östliche Areal des Otto-Wagner-Spitals vorgestellt.

### 160 „Einheiten“ geplant

Bereits Anfang April wurde eine aus neun Punkten bestehende Empfehlung an die Stadtregierung formuliert. Der letzte Punkt, ein Entwicklungsplanungs-Verfahren, wurde bereits über den Sommer umgesetzt. Gemeinsam mit sechs Architektenteams wurden die baulichen und gestalterischen Entwicklungsmöglichkeiten für das Ost-Areal des Otto-Wagner-Spitals ausgelotet. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt nun vor.

Auf elf Baufeldern sollen 20.000 Quadratmeter Bruttofläche errichtet werden, deutlich weniger als die ursprünglich geplanten 62.300 Quadratmeter. Die Gebäude sollen maximal 16 Meter hoch sein, was einem Erdgeschoß und drei Obergeschoßen entspricht.

Ursprünglich waren 600 Wohnungen geplant. Im aktuellen Konzept ist von 160 „Einheiten“ mit jeweils im Schnitt 100 Quadratmetern die Rede. Im Übrigen werde deswegen nicht mehr von „Wohnungen“ gesprochen, „um es möglichst nutzungsneutral zu halten“, meint Architekt Adolf Krischanitz. Das entspricht auch den Forderungen der Bürgerplattform Steinhof, deren Mitglieder von Anfang an gegen den Bau von Luxus- und Eigentumswohnungen waren. Die Aktivisten hatten

damals Erfolg, es folgte ein Baustopp, ein Mediationsverfahren und schließlich der Einsatz der Expertenkommission.

### Es soll grün bleiben

Die Nutzung der Bauten bleibt nun weiterhin offen, da es noch kein Nachnutzungskonzept für das Gesamtareal gibt. Im Zuge des Testplanungsverfahrens seien laut der Kommission Wohnstrukturen mit Hauptaugenmerk auf Sonderwohnformen wie betreutes Wohnen oder Wohngruppen untersucht worden. Betont wurde auch, dass das gesamte Areal im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben soll: „Die Stadt kann so nicht Grundstück für Grundstück verkaufen“, erklärt Krischanitz.

Ein großes Thema sind auch die großen Grünflächen. „Wir wollen die Grünsituation möglichst so erhalten, wie sie ist. Wir versuchen uns zwischen den Bäumen zu bewegen und möglichst wenige zu entfernen“, so TU-Professor Christoph Luchsinger. Wie viele

Bäume tatsächlich weichen müssen, sei derzeit unklar. Laut Luchsinger komme es darauf an, wie die Baufelder umgesetzt werden.

Neben den bereits veröffentlichten Punkten wurden von der Kommission noch zusätzliche Empfehlungen ausgearbeitet. Die Garage soll vergrößert werden, ein Parkpflgewerk soll die Pflege der Grünanlagen garantieren. Die Tiefgarageneinfahrt des Reha-Zentrums soll verlegt und die einzige gemeinschaftliche Zufahrt im Osten werden. Die zwei nebeneinander liegenden Zufahrten für die Vamed und das Schwesternheim sollen zu einer gemeinsamen zusammengelegt werden.

Bestandsgebäude wie die Pathologie oder die Fleischerei sollen restauriert und als Gedenkstätte bzw. Kinderhaus genutzt werden. Das alles seien aber nur Empfehlungen, betont die Expertenkommission. „Das alte Projekt könnte jederzeit gebaut werden“, erklärt Dietmar Steiner, Direktor des Wiener Architekturzentrums.

Das kritisiert Wolfgang Veit von der Bürgerplattform Steinhof: „Der Flächenwidmungsplan muss überarbeitet werden. Die Bebaubarkeit muss reduziert werden, bevor über die Flächen konkret verfügt wird.“ Theoretisch könnte das Projekt also schon jetzt umgesetzt werden. Doch durch die reduzierte Widmung soll verhindert werden, dass auf dem Areal zukünftig weiter gebaut wird.

### Jetzt Vassilakou am Zug

Auch Luchsinger betont: „Unsere Aufgabe war es festzustellen, was möglich ist. Die Entscheidung liegt nun bei der Politik.“ Damit spielen die Experten den Ball der Stadtregierung zu. Planungsstadträtin Maria Vassilakou zeigte sich kooperativ und kündigte an, die Widmung entsprechend reduzieren zu wollen. Mit diesem Schritt sei ihre Arbeit im Bezug auf die Steinhof-Gründe abgeschlossen. Die weiteren Herausforderungen seien laut Vassilakou nun Aufgabe der Gesamtregierung. ■